



Alternativantrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

zu „Schleswig-Holstein bekennt sich zum Atomausstieg“ (Drs. 19/3550)

Kernkraft als Option beibehalten – kerntechnischen Forschungsstandort Deutschland sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Entscheidung der EU-Kommission, Investitionen in Kernkraftwerke zukünftig als nachhaltig einzustufen. Strom aus Kernkraft hat in etwa das gleiche CO₂-Äquivalent pro kWh wie Strom aus Photovoltaikanlagen und ist daher zukünftig als „grüner Strom“ einzustufen.

Da der Bedarf an Elektrizität in der Zukunft drastisch steigen wird, droht in den kommenden Jahren eine erhebliche Versorgungslücke, die mit erneuerbaren Energien allein nicht zu schließen sein wird.

Hält Deutschland an seinem Ausstieg aus der Kernkraft und der Kohleverstromung fest, so wird zukünftig immer mehr Strom aus Nachbarländern wie Belgien, Frankreich und Dänemark importiert werden müssen.

Insbesondere die Stromimporte aus Belgien und Frankreich basieren zu ca. 67% auf Kernenergie. Deutschland wird somit zu einem Generalimporteure von französischem Atomstrom, ohne eine eigene Versorgungssicherheit zu haben.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, sich auf Bundesebene für den Erhalt des kerntechnischen Know-Hows in Deutschland einzusetzen und sich in der Forschung auf dem Gebiet der Reaktortypen der IV Generation aktiv und direkt zu beteiligen und sich den Industriestaaten des „Generation IV International Forum (GIF)“ anzuschließen.

Deutschland darf bei einer auch in absehbarer Zukunft noch benötigten Brückentechnologie nicht technologisch völlig abgehängt werden.

Jörg Nobis und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD